

DATENSCHUTZINFORMATION

Zentrales Forderungsmanagement

Seit dem 25.05.2018 sind in allen EU-Mitgliedsstaaten die Regelungen der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) anzuwenden.

Die allgemeinen Informationen zur Umsetzung der datenschutzrechtlichen Vorgaben der Artikel 13 und 14 der Datenschutz-Grundverordnung in der Stadt Dessau-Roßlau geben Ihnen einen Überblick über die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten und Ihre Rechte, die sich aus den Datenschutzregelungen ergeben.

Wir legen großen Wert auf den Schutz Ihrer Daten und die Wahrung Ihrer Privatsphäre. Wir verarbeiten Ihre Daten daher ausschließlich auf der Grundlage der gesetzlichen Bestimmungen.

1. Name und Kontaktdaten des Verantwortlichen:

Die Stadt Dessau-Roßlau vertreten durch den Oberbürgermeister, Herrn Dr. Robert Reck, Zerbster Straße 4, 06844 Dessau-Roßlau, E-Mail: ob@dessau-rosslau.de, Telefon: 0340 204 1000, Fax: 0340 204 269 1201 verarbeitet Ihre personenbezogenen Daten im Amt für Stadtfinanzen, Sachgebiet Zentrales Forderungsmanagement, Zerbster Str. 4, 06844 Dessau-Roßlau, Tel.: 0340 204 1125, E-Mail: forderungsmanagement@dessau-rosslau.de.

2. Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten

Zerbster Straße 4, 06844 Dessau-Roßlau
E-Mail: datenschutz@dessau-rosslau.de
Telefon: 0340 204 1709
Fax: 0340 204 269 1709

3. Zwecke und Rechtsgrundlage der Verarbeitung personenbezogener Daten

Ihre Daten werden für die Vollstreckung offener Forderungen benötigt. Ihre Daten werden auf der Grundlage des Art. 6 Abs.1 S.1 lit. c (zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung) sowie Art. 6 Abs. 1 lit e) DSGVO (Wahrnehmung einer Aufgabe die im öffentlichen Interesse liegt oder in Ausübung öffentlicher Gewalt) DSGVO in Verbindung mit der Kommunalkassen- und Buchführungsverordnung LSA, Gesetz zur Reform der Sachaufklärung in der Zwangsvollstreckung, Gesetz zur Verbesserung der Sachaufklärung in der Zwangsvollstreckung, Verwaltungsvollstreckungsgesetz LSA, § 802 a ff ZPO verarbeitet.

4. Kategorien der personenbezogenen Daten

Wir verarbeiten folgende personenbezogenen Daten:

- Persönliche Identifikations- und Kontaktdaten (z.B. Vor- und Nachname, Adresse, Geburtsdatum, E-Mail-Adresse, Telefonnummer, Aktenzeichen des jeweiligen Gläubigers)
- Für Entscheidungen im Vollstreckungsverfahren erforderliche Informationen (z.B. Angaben zu den wirtschaftlichen Verhältnissen, ggf. Familienstand und unterhaltspflichtigen Personen, Bankverbindung, Einkommen).

5. Quelle der Daten

Ihre personenbezogenen Daten erhalten wir vom Gläubiger der jeweiligen Forderung (Fachämter der Stadt Dessau-Roßlau oder andere um Vollstreckung ersuchende Stellen). Wir erheben personenbezogene Daten bei Ihnen selbst z.B. durch formularmäßige Fragebögen. Wir erheben darüber hinaus auch Daten von Dritten, soweit diese gesetzlich zur Mitteilung verpflichtet sind (z.B. Meldedaten der Meldebehörde, Registerportale, Drittschuldner, Rententräger, Kraftfahrtbundesamt, Bundeszentralamt für Steuern u.a.).

6. Empfänger oder Kategorien von Empfängern

Zur Erfüllung dieser Aufgabe dürfen Ihre Daten an die Fachämter, welche die Forderungen erhoben haben, das Forderungsmanagement, dem Rechtsamt, dem Rechnungsprüfungsamt, um Vollstreckung ersuchende Behörden, dem Softwareanbieter der Vollstreckungssoftware als Auftragsverarbeiter (DATA-team Gesellschaft für kommunale und industrielle Softwareentwicklung mbH) sowie Drittschuldner, Gerichte, auskunftersuchende Stellen, Betreuer, Behörden u.ä. weitergegeben werden.

Eine Übermittlung in ein Drittland erfolgt nur, soweit dies im Rahmen der Vollstreckung erforderlich ist.

Im Übrigen werden Ihre Daten nur dann weitergegeben, wenn hierzu eine rechtliche Verpflichtung besteht oder Sie darin eingewilligt haben.

7. Dauer der Speicherung

Ihre Daten werden von uns auf der Grundlage von gesetzlichen Verjährungs- bzw. Aufbewahrungsfristen, gemäß § 24 KomKBVO LSA 10 Jahre, beginnend am 01.01. des der Beschlussfassung über den Jahresabschluss folgenden Haushaltsjahres im Haushalts- und Kassenprogramm sowie der Vollstreckungssoftware gespeichert.

8. Betroffenenrechte

Sie haben das Recht auf Auskunft über die bei uns gespeicherten personenbezogenen Daten (Art. 15 DS-GVO) sowie auf deren Berichtigung (Art. 16 DS-GVO) oder Löschung bzw. Einschränkung der Verarbeitung (Art. 17, 18 DS-GVO). Ferner besteht ein Widerspruchsrecht (Art. 21 DS-GVO) gegen die Verarbeitung, soweit diese nicht ausschließlich zur Aufgabenerfüllung erfolgt; ein Recht auf Übertragbarkeit (Art. 20 DS-GVO) der von Ihnen bereitgestellten Daten.

Sollten Sie von Ihren Betroffenenrechten Gebrauch machen, prüft die Stadt Dessau-Roßlau, ob die gesetzlichen Voraussetzungen hierfür erfüllt sind.

Die Betroffenen haben nach Art. 77 Abs. 1 DS-GVO ein Beschwerderecht für den Fall des Vorliegens eines Verstoßes gegen gesetzliche Bestimmungen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten.

Die für uns zuständige Aufsichtsbehörde befindet sich beim Landesbeauftragten für den Datenschutz Sachsen-Anhalt, Geschäftsstelle und Besucheradresse:

Otto-von-Guericke-Straße 34a, 39104 Magdeburg,

Telefon: +49 391 81803-0, Telefax: +49 391 81803-33,

E-Mail: poststelle@lfd.sachsen-anhalt.de, Internet: www.datenschutz.sachsen-anhalt.de.

9. Widerrufsrecht bei Einwilligungen (Art. 13 Abs. 2c DS-GVO)

Soweit Sie in die Verarbeitung von personenbezogenen Daten für bestimmte Zwecke durch eine entsprechende Erklärung eingewilligt haben (Art. 6 Abs. 1a DS-GVO), ist die Rechtmäßigkeit der Verarbeitung gegeben. Eine erteilte Einwilligung kann jederzeit mit Wirkung für die Zukunft widerrufen werden. Die bis zum Widerruf verarbeiteten Daten sind dann rechtmäßig verarbeitet und von einem solchen Widerruf nicht berührt.

Die Einwilligung kann nach Artikel 7 Absatz 3 DS-GVO jederzeit gegenüber der Stelle widerrufen werden, gegenüber der die Einwilligung zuvor erteilt wurde.

10. Pflicht zur Bereitstellung von Daten (Art. 13 Abs. 2e DS-GVO)

Sie sind auf der Grundlage des Gesetzes zur Reform der Sachaufklärung in der Zwangsvollstreckung, des Gesetzes zur Verbesserung der Sachaufklärung in der Verwaltungsvollstreckung, des Verwaltungsvollstreckungsgesetzes Sachsen-Anhalt zur Datenbereitstellung verpflichtet.